

N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 25.06.2012,
Beginn: 18:30, Ende: 20:30, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Vorsitzender

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

CDU

Frau Marina Fassner
Herr Robert Ganz
Herr Wolfram Gothe
Frau Eva Gredel
Herr Bernd Kieser
Herr Christian Mildenberger
Herr Wolfgang Reffert
Frau Claudia Stauffer
Herr Michael Till

SPD

Herr Klaus Beß
Herr Hans Hufnagel
Herr Rüdiger Lorbeer
Frau Gabriele Rösch
Herr Roland Schnepf
Herr Hans Zelt

FW

Herr Werner Fuchs
Herr Jens Gredel
Frau Heidi Sennwitz
Herr Thomas Zoepke

GLB

Frau Ulrike Grüning
Herr Klaus Triebkorn

Sonstige Teilnehmer

Herr Holger Koger

Verwaltung

Herr Reiner Haas
Herr Robert Raquet
Herr Mathias Sommer

Vertretung für Hans Faulhaber

Schriftführer

Herr Lothar Ertl

Abwesend

CDU

Herr Uwe Schmitt

Verwaltung

Herr Hans Faulhaber

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 18.06.2012 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 22.06.2012 ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 12 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

TOP: 1 öffentlich
Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Es wurden keine in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse bekanntgegeben.

TOP: 2 öffentlich
Jahresrechnung HHJahr 2011
2012-0097

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt die Jahresrechnung 2011 mit folgenden Ergebnissen fest:

Einnahmen und Ausgaben ohne Zuführungsbeträge:

	Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
	Ansatz	Ergebnis	Differenz	Ansatz	Ergebnis	Differenz
Einnahmen	25.623.000,00	27.652.894,58	2.029.894,58	3.995.000,00	3.981.337,50	-13.662,50
Ausgaben	26.279.000,00	26.224.859,48	54.140,52	5.178.000,00	5.686.173,60	-508.173,60
Differenz	-656.000,00	1.428.035,10	2.084.035,10	-1.183.000,00	-1.704.836,10	-521.836,10

Haushaltssummen und Haushaltsreste:

	Haushalts-Summen	Haushaltsreste Einnahmen	Haushaltsreste Ausgaben
Verwaltungshaushalt	27.652.894,58	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	5.686.173,60	0,00	1.019.428,56
Gesamthaushalt	33.339.068,18	0,00	1.019.428,56

Rücklage, Vermögen und Schulden:

	Stand 31.12.2010	Mehr/Weniger	Stand 31.12.2011
Allgemeine Rücklage	7.635.958,77	-1.704.836,10	5.931.122,67
Gemeindevermögen	67.471.786,64	621.447,39	68.093.234,03
Schulden Gemeinde	987.863,53	1.563.999,38	2.551.862,91
Ant. Schulden ZV Schwetzg.	1.913.960,66	1.435.304,44	3.349.265,10

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür 20
Enthaltungen 2

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011 ist aufgestellt. Gemäß § 95 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg enthält sie das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres.

Diskussionsbeitrag:

Bürgermeister Dr. Göck nimmt Stellung zur Jahresrechnung, seine Rede ist der Niederschrift beigelegt. Die Gemeinderäte Kieser, Hufnagel, Fuchs und Grüning beziehen jeweils für ihre Fraktionen Position. Die Stellungnahmen sind der Niederschrift beigelegt.

TOP: 3 öffentlich

Erweiterung Jahnschule - Vergabe Dachdeckungs und Dachabdichtungsarbeiten DIN 18338

2012-0115

Beschluss:

Der Auftrag für die Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten erhält die Firma Baumann Dach und Wand GmbH aus Mannheim zum Angebotspreis von 29.271,14 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Für das Flachdach des Anbaues der Jahnschule wurde eine Edelstahldacheindeckung angefragt. Die Vorteile eines verschweißten Edelstahldaches sind die hohe Lebenserwartung und minimaler Wartungsaufwand.

Das Gewerk wurde nach den Bestimmungen der VOB beschränkt ausgeschrieben.

Zum Submissionstermin am 29.05.2012 lagen drei Angebote mit nachfolgenden geprüften Angebotssummen (brutto) vor:

Firma Baumann Dach und Wand GmbH aus Mannheim	€ 29.271,14
Fa. Reinhardt aus Bad Rappenau	€ 30.894,07
Fa. Schweizer aus Ludwigsburg	€ 38.063,70

Nach Prüfung und Wertung der Angebote liegt das in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht annehmbarste Angebot von der Firma Baumann Dach und Wand GmbH vor.

Es wird daher empfohlen, der Firma Baumann Dach und Wand GmbH aus Mannheim den Auftrag zu erteilen.

Die Kosten wurden auf 27.000,00 Euro geschätzt.

Infos zum Stand der Bauarbeiten:

In der 23. KW wurde die erste Filigrandecke montiert.

In der 24. und 25. KW werden die Überzüge und Ortbetonwände hergestellt.

Die Lieferung der Fertigteilwände aus Stahlbeton für das erste Geschoss erfolgt voraussichtlich in der 25. / 26. KW.

Um die Fertigstellung des Rohbaues Ende Juli halten zu können, arbeiten die Mitarbeiter der Firma Wenzel auch an den Samstagen.

Diskussionsbeitrag:

Die Gemeinderäte begrüßten die zügige Durchführung durch die Verwaltung sowie die Verwendung der Edelstahl-dacheindeckung, die für eine höhere Lebenserwartung und einen geringeren Wartungsaufwand sorgt.

TOP: 4 öffentlich
Sportpark Süd Vergabe der Planungsleistungen für die Aufstellung des Bebauungsplans
2012-0116

Beschluss:

Der Auftrag für die Planungsleistung zur Aufstellung eines Bebauungsplans für den Sportpark Süd wird dem Planungsbüro Regioplan GmbH in Mannheim auf das Angebot vom 01.03.2012 erteilt.

Grundlage des Auftrages ist die HOAI in der derzeit geltenden Fassung.

Der Auftrag wird stufenweise erteilt.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt

dafür	15
dagegen	6
Enthaltungen	1

Nach der Grundsatzentscheidung des Gemeinderates zur Verwirklichung der Planungen zum „Sportpark Süd“, mit der Maßgabe, dass bis spätestens 2018 der FV Brühl die neuen Räumlichkeiten beziehen kann, wurde im Dezember 2011 die Standortwahl der neuen Sporthalle getroffen. Der Gemeinderat beschloss, dass der Bau der neuen Sporthalle im nördlichen Bereich des Projektgebietes „Sportpark Süd“ erfolgen solle.

Im Februar wurden in der Sitzung des Gemeinderates die Architekturleistungen für die Hallenplanung vergeben. Die Gebäudevermessungen sind mittlerweile fertig gestellt und ein Baugrundgutachten beauftragt.

Da es sich bei dem Standort der Halle um Außenbereich gemäß § 35 Bau GB handelt, ist es notwendig einen Bebauungsplan aufzustellen, um das notwendige Baurecht zu schaffen. Hierbei soll ein Bebauungsplan für den gesamten Bereich des zukünftigen Sportpark Süd aufgestellt werden.

Nach Vorgesprächen hat das Ingenieurbüro MVV-Regioplan, Mannheim, am 01.03.2012 ein Honorarangebot für die notwendigen Planungsleistungen abgegeben.

Das Angebot basiert auf der HOAI in der derzeit gültigen Fassung. und ist angemessen.

Es ist beabsichtigt, die Planungsleistungen stufenweise zu beauftragen, in einem ersten Schritt werden die Leistungsphasen 1 bis 3 in Auftrag gegeben, die weiteren Leistungsphasen nach Erfordernis.

Das Büro ist bekannt, sehr erfahren und war bereits mehrmals für die Gemeinde Brühl tätig.

Diskussionsbeitrag:

Umstritten war die Erteilung des Auftrags für die Planungsleistung zur Aufstellung des Bebauungsplans für den Sportpark Süd.

Im Wesentlichen ging es darum, ob bereits ein Bebauungsplan für das komplette Gebiet oder nur für den Bereich der Sporthalle aufgestellt werden soll oder ob parallel zwei Bebauungsplanverfahren für diesen Bereich durchgeführt werden sollen, damit später besser separat über die Errichtung der Sporthalle und die Umsetzung des gesamten Konzepts entschieden werden könne. Denn die Errichtung der Sporthalle wurde von allen Gemeinderäten begrüßt, das gesamte Konzept jedoch nicht. Bürgermeister Dr. Göck wies jedoch darauf hin, dass getrennte Verfahren aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht zu befürworten seien.

Nachdem der Antrag von Gemeinderat Fuchs, zwei getrennte Bebauungspläne aufzustellen, gescheitert war (7 x Ja, 15 x Nein), wurde letztlich der Auftrag zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das komplette Gebiet mehrheitlich dem Planungsbüro Regioplan GmbH zum Preis von ca. 24.100 Euro erteilt.

Während die Gemeinderäte Ganz und Schnepf für ihre Fraktionen dem Verwaltungsvorschlag zustimmten, sprach sich Gemeinderat Fuchs gegen die Ansiedlung des Sportparks direkt neben dem Geothermiekraftwerk aus, was von Anfang an die Meinung der Freien Wähler gewesen sei.

Gemeinderätin Stauffer enthielt sich der Stimme, weil die Finanzierung nicht ausreichend ausgearbeitet sei.

Bürgermeister Dr. Göck sah die Finanzierung als nachvollziehbar, bekannt und gut überlegt an. Die Ausgaben würden durch den Verkauf des jetzigen FV-Geländes finanziert.

Gemeinderat Triebkorn teilte mit, dass die Fraktion der Grünen Liste bei allen Sitzungen zum Projekt „Sportpark Süd“ mit Nein stimmen werde, da die Investition nicht erforderlich sei, Tafelsilber verscherbelt werde, die Kostenstruktur nicht eingehalten werden könne und mit Einführung der Doppik ein Minus entstehen würde. Die Grüne Liste könne es nicht verantworten, die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Dr. Göck entgegnete, dass weder nach dem neuen noch nach dem alten Haushaltsrecht mehr Geld in der Kasse sei und bei Grundstückskäufen und -verkäufen nie etwas vertuscht oder nicht klar genug gesagt wurde. Es habe in dieser Hinsicht auch nie eine Beanstandung durch das Kommunalrechtsamt oder die GPA gegeben.

TOP: 5 öffentlich
Polizeiverordnung zur Begrenzung von Alkoholkonsum
2012-0099

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die im Entwurf beigefügte Polizeiverordnung zur Begrenzung von Alkoholkonsum anlässlich des Rohrhofer Sommerfestes und der Brühler Straßenkerwe.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Durch die Errichtung einer „Sperrzone“ soll künftig der übermäßige Alkoholkonsum von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen und die daraus resultierenden, negativen Begleiterscheinungen – Verunreinigungen und Sachbeschädigungen – eingedämmt werden.

Dies wird besonders durch die mitgebrachten Alkoholika hervorgerufen, die dann in den angrenzenden Straßen konsumiert werden. Hierdurch entstehen immer wieder nicht unwesentliche Störungen und Sachbeschädigungen der Anwohner.

Wir gehen davon aus, dass mit der Verordnung eine Besserung erreicht werden kann und die Einsatzkräfte eine bessere Handhabe gegen Alkoholexzesse haben bzw. diese frühzeitig unterbunden werden können.

In nichtöffentlicher Sitzung am 21.05.2012 hat der Gemeinderat den Entwurf der Polizeiverordnung zur Kenntnis genommen und einstimmig einer Beschlussfassung zugestimmt.

Diskussionsbeitrag:

Einstimmig und ohne große Diskussion wurde die Polizeiverordnung zur Begrenzung von Alkoholkonsum anlässlich des Rohrhofer Sommerfestes und der Brühler Straßenkerwe beschlossen. Von allen Fraktionen wurde die Auffassung vertreten, dass Appelle wohl leider nicht mehr ausreichen und der exzessive Alkoholkonsum mit seinen negativen Begleiterscheinungen mittels dieser Verordnung besser kontrolliert werden könne. Zum Schutz der Anwohner und zu einem friedlichen Ablauf der Feste sei dies vorteilhaft.

Natürlich dürfe, erläuterte Bürgermeister Dr. Göck, Alkohol auf der Festmeile konsumiert werden und es fänden auch keine Taschenkontrollen statt. Lediglich bei Auffälligkeiten könne die Polizei nun präventiv sowie wirksamer tätig werden.

TOP: 6 öffentlich
Schulsozialarbeit an der Schillerschule Brühl
2012-0092/2

Beschluss:

Die Durchführung der Schulsozialarbeit an der Schillerschule Brühl wird gemäß beiliegender Leistungsbeschreibung dem Verein Postillion e.V., Wilhelmsfeld, zunächst für ein Jahr, beginnend ab dem 01.09.2012, übertragen.

Überplanmäßige Ausgaben werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Nachdem in allen Gremien der Schule hinsichtlich Bedeutung und Notwendigkeit von Schulsozialarbeit Einigkeit besteht, wurde von Frau Birgit Ric, als Rektorin der Schillerschule, die Einstellung eines/r Sozialarbeiters/in beantragt. Hierzu geben die guten Erfahrungen an der Marion-Dönhoff-Realschule Veranlassung auch für die geplante Schulsozialarbeit an der Schillerschule Brühl anstelle der Festeinstellung eines Sozialarbeiters entsprechendes Personal vom Verein Postillion e.V. einzusetzen.

Auf dieser Grundlage erfolgte eine erste Kontaktaufnahme Anfang März 2012 zu obigem Verein, über dessen geschäftsführenden Vorsitzenden, Herrn Stefan Lenz. Nach Vorgesprächen mit Herrn Lenz wurde durch den Verein eine Leistungsbeschreibung erstellt, die nach Aussage von Frau Ric mit den Anforderungen der Schulleitung übereinstimmt. Die Leistungsbeschreibung ist als Anlage beigefügt.

Wie bereits oben erwähnt ist der Verein für den Schulverband Brühl-Ketsch erfolgreich im Bereich der Schulsozialarbeit an der Marion-Dönhoff-Realschule sowie der offenen Jugendarbeit in Brühl tätig; hier wird ihm auch vom Rhein-Neckar-Kreis eine sehr kompetente und engagierte Arbeit bescheinigt. Durch die Arbeit an der Realschule, im Jugendhaus und im Bereich der Hilfen zur Erziehung für die Gemeinde auf der einen Seite sowie der geplanten Schulsozialarbeit an der Schillerschule andererseits wird die Möglichkeit eröffnet, durch die angestrebte Zusammenarbeit weitere Synergien zu nutzen.

Der hierfür notwendige Kostenrahmen des Postillion e.V. stellt sich wie folgt dar:

- Personalkostenbudget (ein Sozialarbeiter mit einem Stellenumfang von 0,51 = 20 Wochenstunden)	27.691,61 €
- Sachkostenbudget für Team	<u>500,00 €</u> pauschal
	<u>28.191,61 €</u>

Ab dem Jahr 2012 beteiligt sich das Land Baden-Württemberg in einem vorgegebenen Rahmen an den Kosten der Schulsozialarbeit. Deshalb wird sich voraussichtlich nach den mittlerweile im Entwurf vorliegenden Zuschussrichtlinien obiger Betrag, auf der Basis der vorgegebenen Stellenanteile, um ca. 8.400,00 € verringern. Antragsberechtigt ist hier jedoch der Postillion e.V., als Anstellungsträger, wobei die zu beantragenden Mittel an die Gemeinde abgeführt werden, sobald sie beim Postillion e.V. kassenwirksam eingegangen sind. Für das Jahr 2012 ist der Zuschussantrag bis zum 30.06.2012 zu stellen. Darüber hinaus erhält die Gemeinde vom Rhein-Neckar-Kreis im Zuge der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets eine Zuschussfinanzierung zur Schulsozialarbeit. Ziel ist die bestehende Schulsozialarbeit zu unterstützen und für ihren weiteren Ausbau einen finanziellen Anreiz zu schaffen. Die Förderung ist wegen begrenzter Fördermittel befristet bis zum Jahr 2013 und beträgt ca. 4.100,00 €; antragsberechtigt ist hier direkt die Gemeinde als Schulträger.

Das Projekt sollte zunächst auf 1 Jahr befristet werden und wenn möglich am 01.09.2012 beginnen.

Der Personalrat sieht ausdrücklich die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit an der Schillerschule und stimmt nach den aufgezeigten Vorgaben der Vergabe an den Postillion e.V. zu.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 21.05.2012 vom Sachverhalt Kenntnis genommen. Auf Antrag der CDU wurde die Entscheidung vertagt und dem Kultur-, Sport- und Partnerschaftsausschuss zur Vorberatung weitergeleitet. Die Schulleitung der Schillerschule sollte hierzu gehört werden. Die Sitzung fand am 18.06.2012 statt.

Hier wurde der dringende Bedarf nach Schulsozialarbeit an der Schillerschule von der Schulleiterin Frau Ric und dem Vorsitzenden des Postillion e.V., Herr Lenz begründet. Nachdem Herr Lenz darauf hinwies, dass eine Bezuschussung durch das Land Baden-Württemberg nur bei einem Stellenumfang von 20 Wochenstunden möglich ist, wurde vom Kultur-, Sport- und Partnerschaftsausschuss einstimmig die Empfehlung zur weiteren Beschlussfassung im Gemeinderat ausgesprochen, Schulsozialarbeit an der Schillerschule mit 20 Stunden wöchentlich zu organisieren.

Diskussionsbeitrag:

Lt. Gemeinderat Till ist die CDU-Fraktion für die Ausweitung der Schulsozialarbeit an der Schillerschule. Für ihn ist es wichtig, dass kein Stückwerk, sondern ein Gesamt-Zukunftskonzept entsteht, in dem Zusammenarbeit mit Eltern und Lehrern sehr wichtig ist. Es wurde ja beschlossen, dass eine übergreifende Arbeitsgruppe mit allen am Schulwesen Beteiligten an der Schillerschule eingerichtet wird.

Von einem kompetenten Partner sprach Gemeinderätin Rösch und gab für die SPD die Zustimmung. Ebenso wie Gemeinderätin Sennwitz von den Freien Wählern, forderte sie einen Vergleich der Leistungsbeschreibung mit der Praxis und Frau Sennwitz fordert zudem einen Halbjahresbericht.

Auch Gemeinderätin Grüning äußerte sich positiv für die Grüne Liste. Dies sei eine Investition, die sich für die Kinder und die Gesellschaft auf Dauer lohne.

Ein Lob erhält die Verwaltung von Gemeinderätin Stauffer, da die Vorlage noch in diese Sitzung nachgeschoben wurde, denn der Zuschussantrag muss ja bis zum 30.06.2012 gestellt werden.

TOP: 7 öffentlich Informationen durch den Bürgermeister

TOP: 7.1 öffentlich Partnerschaftstreffen mit Ormesson

Bürgermeister Dr. Göck überbrachte Grüße von den Freunden aus Ormesson um ihren Bürgermeister Guy LeDoeuff, die am Wochenende mit 60 Personen hier in Brühl waren. Zum 35. Geburtstag der Partnerschaft wurde am Samstag eine sehenswerte Foto-Ausstellung im Rathaus eröffnet, die bis September zu sehen ist. Sein Dank ging an alle, die Beiträge dazu geleistet hätten.

TOP: 7.2 öffentlich Radwegekonzept

Der Bürgermeister berichtete von einem neuen Konzept, das auf Landesebene mit den Landkreisen erarbeitet werde und die Gemeindeverwaltung werde versuchen, darin mit verschiedenen Projekten aufgenommen zu werden.

In dem Zusammenhang ging er auf die Anfrage von Gemeinderätin Gredel aus der letzten Gemeinderatssitzung ein, in der sie auf der Kollerinsel einen Radweg wünschte. Zwischenzeitlich hat hier ein Ortstermin mit dem Landratsamt stattgefunden, in dem jedoch der Gemeinde Brühl kaum Hoffnung auf eine schnelle Lösung gemacht wurde. Grundsätzlich wies er darauf hin, dass das derzeit in Brühl umgesetzte Konzept auf Untersuchungen und Planungen eines renommierten Planungsbüros aus dem Jahre 1989 fuße, bei denen vor allem auf die Sicherheit für die Radfahrer, auf ein geschlossenes Netz, auf die Erschließung von für den Radverkehr bedeutsamen Zielen wie Schulen und auf die Einbindung überörtlicher Radwege Wert gelegt wurde. Dieses Konzept werde seit Jahren Stück für Stück umgesetzt. In ständiger Zusammenarbeit mit der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei werden Gefahrenstellen, soweit möglich, entschärft. Beispiele seien der Umbau der Mannheimer Straße und der Brühler Straße in Rohrhof sowie die Geschwindigkeitsreduzierungen in der Gemeinde. Hierbei müssten allerdings auch Gegebenheiten berücksichtigt werden, die nicht ohne weiteres beseitigt werden könnten, wie zum Beispiel enge Straßen. Zudem sei die Beschilderung überörtlich angepasst worden.

TOP: 7.3 öffentlich Geothermiekraftwerk

Im Statusbericht hinsichtlich des Geothermiekraftwerks wurde mitgeteilt, dass die beiden Bohrlöcher inzwischen 500 Meter tief seien und der große Bohrturm „stehe“. Die Bohrmannschaft werde derzeit in ihre Arbeit eingewiesen und in den nächsten Tagen mit den weiteren Bohrarbeiten beginnen. Darüber hinaus habe ein Tag der offenen Tür mit 400 Besuchern stattgefunden. Hier seien zahlreiche Fragen der Bevölkerung ausführlich und verständlich beantwortet worden, habe er sich von Teilnehmern bestätigen lassen. Zudem stehe der Bevölkerung in der Anfangszeit ein sog. Besuchercontainer zur Verfügung. Dort könnten ab sofort dienstags und donnerstags von 11 bis 19 Uhr Fragen rund um die Geothermie persönlich vor Ort gestellt werden.

TOP: 8 öffentlich Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats

TOP: 8.1 öffentlich Gemeinderat Kieser

Er stellte für die CDU-Fraktion den Antrag auf eine Bürgerbefragung zum Thema Geothermiekraftwerk, die im Oktober 2012 stattfinden und vom Ablauf vergleichbar mit der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 sein solle (Befragung in einem „Wahllokal“ mit der Möglichkeit zur „Briefwahl“ und Erstellung einer Informationsbroschüre, in der die Argumente für und gegen das Geothermiekraftwerk dargestellt werden). Die Fragestellung soll wie folgt lauten: *„Sind Sie dafür, dass das geplante Geothermiekraftwerk am vorgesehenen Standort im Brühler Süden errichtet wird?“*. Die Begründung werde nachgereicht.

Gemeinderat Schnepf befürchtet, dass durch diesen Antrag bei den Bürgerinnen und Bürgern eine unrealistische Erwartungshaltung geweckt wird, die gar nicht erfüllbar sei, denn die Gemeinde habe gar nicht die Macht, das einfach zu verhindern, denn Land und Bund stünden hinter diesem für die Energieversorgung wichtigen, nachhaltigen Energieprojekt. Es müsse von Anfang an auf die Kosten für den Schadensersatz, die sich in zweistelliger Millionenhöhe bewegen würden hingewiesen werden.

TOP: 8.2 öffentlich
Gemeinderätin Sennwitz

Sie erkundigt sich nach dem aktuellen Stand hinsichtlich des Widerspruchs gegen die Entscheidung des Baurechtsamts zur Verlängerung des Bauvorbescheids.

Sie regte eine Untätigkeitsklage hinsichtlich der Entscheidung über die Zulässigkeit des Geothermiekraftwerkes an, die ihres Wissens nach drei Monaten eingereicht werden könne. Bis zur nächsten Gemeinderatssitzung soll dies geklärt werden.

Antwort des Bürgermeisters:

Dieser werde derzeit vom Regierungspräsidium geprüft und wohl sehr genau geprüft. Es werde sicher nicht vorschnell entschieden.

TOP: 8.3 öffentlich
Gemeinderätin Gredel

Sie wünscht sich häufigere Überprüfungen der Spielplätze und die Durchführung von Reparaturarbeiten durch den Bauhof. So seien die Rutschen zu heiß und das Gras an einem Spielplatz zu hoch. Zudem bestünden Gefahrenstellen durch Scherben und durch Zigarettenkippen. Weiterhin schlug sie vor, in der Brühler Rundschau eine Partnerschaftskampagne für die Spielplätze zu veröffentlichen, um die Bürger zur ehrenamtlichen Pflege der Spielplätze zu motivieren.

TOP: 8.4 öffentlich
Gemeinderat Gothe

Er fragt nach dem Stand der Sanierungsplanungen auf dem Hofplatz.

Antwort Ortsbaumeister Haas:

Darüber wird in der Gemeinderatssitzung im Juli berichtet.

TOP: 8.5 öffentlich
Gemeinderat Till

Er bemängelt die nicht optimale Busverbindung zwischen Brühl und Mannheim in den Abendstunden.

Antwort des Bürgermeisters:

Er versicherte, dass seitens der Verwaltung derzeit an Lösungsvorschlägen gearbeitet werde, die in Richtung „Ruftaxi“ gehen.

TOP: 8.6 öffentlich
Gemeinderat Hufnagel

Er fragt nach der Ertüchtigung des Hochwasserdamms.

Antwort des Bürgermeisters:

Die hierfür erforderlichen Grundstücke würden derzeit vom Land erworben.

TOP: 8.7 öffentlich
Gemeinderat Lorbeer

Er weist auf die nicht funktionierende Versickerung beim Haus der Kinder hin. Das Oberflächenwasser laufe nicht richtig ab, so dass das Gelände von den Kindern nicht richtig genutzt werden könne.

TOP: 8.8 öffentlich
Gemeinderat Lorbeer

Er fragt nach dem Stand hinsichtlich der S-Bahn-Haltestelle Hirschacker.

Antwort des Bürgermeisters:

Die Errichtung dieser Haltestelle sollte erst um 5 Jahre verschoben werden. Nach Protesten der Bürger und des Landrats soll der S-Bahn-Ausbau nun wohl doch schon 2015/16 durchgeführt werden.

TOP: 8.9 öffentlich
Gemeinderat Reffert

Er sprach die Leerstände beim Lindenplatz an.

Antwort des Bürgermeisters:

Die dortigen Räume einer größeren Drogeriemarktkette sind noch nicht vermietet. Am Beispiel anderer Leerstände, die in der Nähe mehr oder weniger schnell wieder besetzt wurden, sah er nicht allzu schwarz. In den letzten Monaten habe es auch mehrere Neueröffnungen gegeben. Wenn ein umfangreicheres Wirtschaftsförderungskonzept gewünscht werde, wie das vor zehn Jahren entwickelt worden sei, müssten dafür Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

TOP: 8.10 öffentlich
Gemeinderätin Rösch

Sie sprach die Baustelle am Lindenplatz an. Hier seien die Leute schon erbost.

Antwort des Bürgermeisters:

Dort gab es Probleme mit der Wand, die nun einen Vollwärmeschutz erhält. Lt. Ortsbau-meister Haas haben sich die Arbeiten hier leider verzögert.

TOP: 8.11 öffentlich
Gemeinderat Tribskorn

Er möchte wissen, warum seine Berichte über die monatliche Altpapiersammlung im Amtsblatt gekürzt werden.

Antwort des Bürgermeisters und der Gemeinderäte:

Es würden keine politischen Berichte veröffentlicht, im Amtsblatt seien nur Termin- oder Veranstaltungsankündigungen vorgesehen.

TOP: 8.12 öffentlich
Gemeinderat Tribskorn

Er äußerte sich zu der Frage von Bürgermeister Dr. Göck aus der Sitzung des Gemeinderats vom 21.05.2012. Damals war er mit Blick auf einen Zeitungsbericht gefragt worden, ob er bezweifle, dass er am 11.02.2008 dem Pachtvertrag mit GeoEnergy und am 25.02.2008 der Bauvoranfrage für das Geothermiekraftwerk im Brühler Süden bei der Realschule zugestimmt habe. Die Fraktion der Grünen Liste habe nicht dem Pachtvertrag, sondern der Überlassung des Pachtgeländes an GeoEnergy zugestimmt. Warum sich die Fraktion der Grünen Liste bei der Entscheidung zum Pachtvertrag am 08.05. der Stimme enthalten habe, begründete er ausführlich.

Antwort des Bürgermeisters:

Er äußerte seine Verwunderung darüber, dass Tribskorn, der so oft mit „nein“ stimme, in dem Fall aber trotz dieser Bedenken sich „nur enthalten“ habe. Aber er begrüße es, dass die Grüne Liste endlich bestätige, doch der Überlassung des Pachtgeländes an GeoEnergy am 11.02.2008 und der Bauvoranfrage am 25.02.2008 zugestimmt zu haben. Am 08.05.2008 – trotz vieler geäußelter Bedenken- habe sie gerade nicht gegen den Pachtvertrag mit GeoEnergy gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten.

Auf Tribskorns Frage, warum dieser Blick zurück eigentlich so wichtig sei, antwortete Dr. Göck, dass es für die Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig sei, zu erfahren, dass das Projekt anfangs einstimmig und später mit großer Mehrheit im Gemeinderat gewünscht, gefördert und unterstützt worden sei. Er stehe zu seiner Verantwortung, so Dr. Göck, erwarte dies aber auch von den Gemeinderäten, insbesondere von denen, die an andere stets hohe moralische Maßstäbe anlegten.

TOP: 9 öffentlich
Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

TOP: 9.1 öffentlich
Herr Helmut Erny

Er wünscht eine stärkere Berücksichtigung der Kollerinsel im Rahmen des Radwegekonzepts, auch im Zusammenwirken mit dem Land Rheinland-Pfalz.

TOP: 9.2 öffentlich
Herr Uwe Rötgens

Er kritisierte, dass beim Tag der offenen Tür beim Geothermiekraftwerk nach seinen Informationen kritische Fragen zum Thema Kraftwerk von den Mitarbeitern nicht beantwortet und teilweise ins Lächerliche gezogen worden seien.

Antwort des Bürgermeisters:

Der Bürgermeister und mehrere Gemeinderäte sahen dies, aufgrund eigener Präsenz vor Ort, anders.

Wie Gemeinderat Hufnagel erklärte, habe er an einer 70-minütigen Führung teilgenommen, die äußerst sachlich verlaufen sei, was auch von den Gemeinderäten Gothe und Beß aus ihren Gruppen bestätigt wurde.

TOP: 9.3 öffentlich

Herr Uwe Rötgens

Er forderte die Verwaltung und Gemeinderat Schnepf auf, genaue Zahlen zu möglichen Schadensersatzforderungen auf den Tisch zu legen.

Antwort Gemeinderat Hufnagel:

Er berichtete, dass auch diese Zahlen bei dieser Führung benannt worden seien: Jede Bohrung koste ca. 8,5 Millionen Euro, die bisherigen Gesamtkosten seien mit 25 bis 30 Millionen Euro beziffert worden.